

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-306

By Mr : Joschke Fischer

Status : Member

Artikel III-306 [ex-Artikel 272]

Das Europäische Gesetz, mit dem der Jahreshaushaltsplan der Union festgestellt wird, wird gemäß den folgenden Bestimmungen erlassen:

(1) Jedes Organ stellt vor dem 1. Juli einen Haushaltsvoranschlag für seine Ausgaben auf. Die Kommission fasst diese Voranschläge in einem Entwurf für den Haushaltsplan zusammen. Sie fügt eine Stellungnahme bei, die abweichende Voranschläge enthalten kann.

Dieser Entwurf umfasst den Ansatz der Einnahmen und den Ansatz der Ausgaben.

Die Kommission kann den Entwurf des Haushaltsplans während des laufenden Verfahrens bis zur Einberufung des in Absatz 5 genannten Vermittlungsausschusses ändern.

(2) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat den Entwurf des Haushaltsplans spätestens am 1. September des Jahres vor, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht.

(3) Der Rat legt seinen Standpunkt zu dem Entwurf des Haushaltsgesetzes fest und leitet ihn spätestens am 1. Oktober des Jahres, das dem entsprechenden Haushaltsjahr vorausgeht, dem Europäischen Parlament zu. Er unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen er seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat.

(4) Hat das Europäische Parlament binnen vierzig Tagen nach dieser Übermittlung

- a) den Standpunkt des Rates gebilligt oder keinen Beschluss gefasst, so gilt das Haushaltsgesetz als verabschiedet;
- b) mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem Standpunkt des Rates vorgeschlagen, so wird die abgeänderte Fassung dem Rat und der Kommission zugeleitet. Der Präsident des Europäischen Parlaments beruft im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Rates umgehend den Vermittlungsausschuss ein.

~~Der Vermittlungsausschuss tritt nicht zusammen, falls der Rat dem Europäischen Parlament binnen zehn Tagen mitteilt, dass er alle seine Abänderungen billigt.~~

~~(5) Der Vermittlungsausschuss, der aus den Mitgliedern des Rates oder deren Vertretern und ebenso vielen Vertretern des Europäischen Parlaments besteht, hat die Aufgabe, binnen einer Frist von einzwanzig Tagen nach seiner Einberufung auf der Grundlage der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf mit der qualifizierten Mehrheit der Mitglieder des Rates oder deren Vertreter und der Mehrheit der Vertreter des~~

Europäischen Parlaments zu erzielen.

(6) Die Kommission nimmt an den Arbeiten des Vermittlungsausschusses teil und ergreift alle erforderlichen Initiativen, um auf eine Annäherung der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates hinzuwirken.

(7) ~~Billigt der Vermittlungsausschuss binnen einundzwanzig Tagen nach seiner Einberufung einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen das Europäische Parlament und der Rat ab dieser Billigung über eine Frist von vierzehn Tagen, um den gemeinsamen Entwurf anzunehmen, wobei im Europäischen Parlament die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im Rat die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.~~

(8) ~~Billigt der Vermittlungsausschuss binnen einundzwanzig Tagen keinen gemeinsamen Entwurf oder lehnt der Rat den gemeinsamen Entwurf ab, so kann das Europäische Parlament binnen einer Frist von vierzehn Tagen mit der Mehrheit seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen beschließen, seine Abänderungen zu bestätigen. Wenn das Europäische Parlament seine Abänderung nicht bestätigt, gilt der Standpunkt des Rates zu jedem Haushaltsposten, der abgeändert wurde, als angenommen.~~

~~Lehnt das Europäische Parlament den gemeinsamen Entwurf mit der Mehrheit seiner Mitglieder und mit drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen ab, so kann es verlangen, dass ein neuer Haushaltsplanentwurf unterbreitet wird.~~

(9) Nach Abschluss des Verfahrens dieses Artikels stellt der Präsident des Europäischen Parlaments fest, dass das Haushaltsgesetz endgültig verabschiedet ist.

Explanation (if any) :

Deutschland ist für strikte Gleichberechtigung zwischen Europäischem Parlament und Rat bei den Entscheidungen über die jährlichen Ausgaben. Das vorgeschlagene Entscheidungsverfahren führt aber zu einem Letztentscheidungsrecht des EP und muß deshalb grundsätzlich überarbeitet werden. Die Grundzüge des Verfahrens sollten wie folgt aussehen:

- 1) Rat entscheidet, inwieweit er einzelne Änderungen des EP akzeptiert, die damit angenommen sind;**
- 2) Vermittlungsausschuss berät über die einzelnen Änderungen des EP, die vom Rat abgelehnt wurden. Wenn Einigung zu einzelnen Änderungen (Mehrheitserfordernis wie in Abs.5) erzielt wird, werden diese aufgenommen. Bei Änderungen des EP, zu denen keine Einigung erzielt werden kann, wird der niedere Wert aus Vorjahresansatz und Kommissionsvorschlag eingesetzt.**
- 3) Der daraus resultierende Haushaltsentwurf wird Rat und EP zur Billigung vorgelegt, wobei der Rat mit qualifizierter Mehrheit und EP mit der Mehrheit seiner Mitglieder und drei Fünfteln der abgegebenen Stimmen den Entwurf ablehnen können. Sofern ein Organ ablehnt, kann es verlangen, dass ein neuer Haushalt aufgestellt wird.**